

09.06.2015

Auftakt der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Bund und Länder bleiben gefordert

Die Aufnahme und Integration der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland lässt sich nach Überzeugung des Deutschen Städtetages gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen bewältigen. Die Städte erwarten dabei nicht zuletzt aufgrund ihrer Forderungen der vergangenen Monate, dass Bund und Länder dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nun stärker Rechnung tragen und Mitte Juni das angekündigte Maßnahmenpaket für schnellere Asylverfahren sowie zur Integration der Flüchtlinge verabschieden, die länger bei uns bleiben. Das machte der Deutsche Städtetag heute zum Auftakt seiner Hauptversammlung in Dresden deutlich.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, betonte, die deutliche Stellenaufstockung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sei zu begrüßen. Kürzere Asylverfahren ersparten den Menschen ein wochen- oder gar monatelanges Warten auf die Entscheidung und schafften Kapazitäten für diejenigen, die länger hierbleiben. Dennoch seien angesichts der Zuwanderungszahlen weiter umfassende Anstrengungen aller öffentlichen Ebenen nötig. Die Aufgabe der Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft liege zu einem großen Teil noch vor uns.

Maly: "Die Kommunen leisten die Hauptarbeit bei Aufnahme, Versorgung und vor allem bei der notwendigen Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Denn sie wollen helfen und die Zuwanderung auch als Chance für die Entwicklung der Städte verstehen. Sie setzen sich gleichzeitig beständig für Toleranz, Akzeptanz und ein gutes soziales Miteinander ein. Dass sie Integration können, haben sie über Jahrzehnte und millionenfach mit Gastarbeitern, Vertriebenen und Spätaussiedlern bewiesen. Gleichwohl ist Integration eine so langfristige und eine so umfassende gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass sich daraus eine gesamtstaatliche Verantwortung ergibt. Bund und Länder müssen jetzt die Rahmenbedingungen weiter verbessern, damit die Integration von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern gelingt, die hohe Bereitschaft in der Bevölkerung zur Aufnahme der Menschen erhalten bleibt und damit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung keinen Platz bekommen."

Die Städte halten die Verabredung beim Treffen Anfang Mai von Bund und Ländern für richtig, einerseits Asylverfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren stark zu beschleunigen und andererseits Anstrengungen zur Integration für Flüchtlinge zu verstärken, die hier bleiben. Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, auf dieser Basis bei der Ministerpräsidenten-konferenz am 18. Juni zusammen mit der Bundesregierung Beschlüsse zu fassen und anschließend zügig zu verwirklichen, die die Kommunen organisatorisch und finanziell stärker und dauerhaft bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen unterstützen.

Um die Unterbringungssituation in den Kommunen zu erleichtern, fordern die Städte von Bund und Ländern, zeitnah die bestehenden Programme zur Wohnraumförderung

auszuweiten. Das sei vor allem in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten geboten, um zusätzlichen Bedarf an Wohnungen zu decken und soziale Spannungen zu vermeiden.

"Auf angespannten Wohnungsmärkten sollten Geringverdiener, Alleinerziehende mit Kindern oder sozial schwächer gestellte Familien nicht mit Menschen um Wohnungen konkurrieren müssen, die vor Gewalt und Verfolgung geflohen sind", sagte Maly.

Wichtig

sei auch die Gesundheitsversorgung, für die der Bund die Kosten für die Dauer der Asylverfahren übernehmen solle. **"Menschen, die länger bei uns bleiben, brauchen außerdem Sprach- und Integrationskurse, eine Kita- und Schulversorgung für die Kinder und die Vermittlung in Arbeit. Diese Aufgaben werden uns in den Städten lange beschäftigen. Sie sind nur gemeinsam mit Bund und Ländern zu stemmen."**

An die Länder appelliert der Deutsche Städtetag, den Kommunen vollständig die Kosten zu erstatten, die ihnen für die Aufnahme und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen entstehen. Bislang gebe es nur in wenigen Ländern eine hinreichende und faire Kostenübernahmeregelung für die Aufwendungen der Städte.

Zudem müssten die Länder die vom Bund zugesagten Gelder von jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 vollständig an die Kommunen weitergeben. Die Länder sollten die Förderung von Flüchtlingskindern und Jugendlichen in der Kinderbetreuung und in Schulen verbessern und ausbauen. Gemeinsam mit dem Bund sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass ausländische Schul- und Ausbildungsabschlüsse anerkannt oder nachgeholt werden können.

Aufnahmekapazitäten in Ländern verdoppeln und Kommunen frühzeitig informieren

Die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte, hilfreich sei die Ankündigung des Bundes, Asylbewerbern mit hoher Chance auf Anerkennung bereits während des Asylverfahrens Zugang zu Sprach- und Integrationskurse zu ermöglichen: **"Sprach- und Integrationskurse sind für das Gelingen von Integration elementar. Wer Flüchtlinge und Asylbewerber integrieren will, muss ihnen ermöglichen, die deutsche Sprache zu erlernen und er muss ihnen Grundlagen des Zusammenlebens hierzulande vermitteln. In Zukunft wird es darauf ankommen, dass der Bund die Sprachförderung ausbaut und dass die angebotenen Plätze auch dauerhaft der steigenden Anzahl der Berechtigten entsprechen. Außerdem sollten auch geduldete Menschen die Möglichkeit haben, an Sprachkursen teilzunehmen."**

Zustimmung der Städte erhält der Vorschlag des Bundes und einzelner Länder für ein eigenständiges, stark beschleunigtes Verfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren von Zuwanderern aus den Westbalkanstaaten – gegenwärtig etwa die Hälfte der Asylantragsteller.

Die Städte sind sich mit dem Bund einig, dass die Aufnahmekapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Aufnahmereinrichtungen der Länder insgesamt verdoppelt werden müssen, damit solche schnelleren Verfahren wirken, so Lohse. Die Länder müssten zudem die Kommunen frühzeitig über die vorgesehene Aufnahme weiterer Menschen informieren, damit diese vorbereitet werden kann.

"Die Länder sollten all jene Menschen, die aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance auf Anerkennung als politisch Verfolgte haben, in den staatlichen Erstaufnahmeeinrichtungen betreuen, ihre Verfahren dort zügig abschließen und abgelehnte Asylbewerber aus den Einrichtungen heraus in ihre Heimatländer zurückführen. Damit würde die Unterbringung in den Kommunen erleichtert. Denn dann können wir uns mit ganzer Kraft auf die Menschen konzentrieren, die lange bleiben werden, weil sie als Flüchtlinge oder Asylbewerber anerkannt sind oder ein Bleiberecht haben", betonte Lohse.

09.06.2015

Auftakt der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden

Deutschland braucht leistungsfähige Städte – Investitionskraft stärken, Strukturschwäche bekämpfen

Der Deutsche Städtetag hat sich zum Auftakt seiner Hauptversammlung in Dresden besorgt über die zunehmenden Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Städten gezeigt. Die Spitzenorganisation aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte forderte die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder vor ihrem Treffen am 18. Juni auf, zu einer transparenten und nachvollziehbaren Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu kommen. Dabei müsse auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden.

Der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bezeichnete es heute in Dresden als besorgniserregend, dass trotz guter Konjunktur, intensiver Konsolidierungsbemühungen von Kommunen und sinnvollen Hilfsprogrammen von Bund und Ländern die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen und Regionen weiter wachsen: **"Dass die finanziellen Möglichkeiten der Städte auseinanderdriften, birgt Gefahren für die Gestaltungskraft von Politik und wird in vielen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger spürbar, beispielsweise bei den Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, den Bildungschancen sowie den kulturellen und sozialen Angeboten vor Ort. Chancengerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger darf nicht vom Wohnort abhängen. Deshalb brauchen wir im Interesse der Menschen Rahmenbedingungen, die die Entwicklungschancen für alle Städte sichern."**

Die alle zwei Jahre tagende Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, an der mehr als 1.000 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik teilnehmen, steht in Dresden unter dem Motto "Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern". Maly sagte: **"Auf den ersten Blick sieht es so aus: Das Thema brennt nicht allen Städten auf den Nägeln. Probleme wie schwache Wirtschaftskraft, schwierige Sozialstruktur, hohe Sozialausgaben und niedrige Einnahmen sowie schwindende Standortattraktivität konzentrieren sich in einer Reihe von finanzschwächeren Städten und können sich dort zu einer Abwärts-spirale verstärken. Doch die Strukturschwäche dieser Städte geht alle Kommunen an. Denn wenn immer mehr Kommunen ihre finanziellen Handlungsspielräume und den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verlieren, ist die kommunale Selbstbestimmung insgesamt geschwächt. Alle Städte setzen sich deshalb gemeinsam für ausreichende kommunale Finanzmittel ein."**

Es gehe um nichts weniger als um das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung und um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Städte müssten sich entwickeln und ihren Bürgerinnen und Bürgern Zukunftschancen bieten können, betonte Maly.

Reform der föderalen Finanzbeziehungen und Verkehrsfinanzierung

Angesichts stetig steigender kommunaler Sozialausgaben von in diesem Jahr erstmals über 50 Milliarden Euro sowie hoher Schulden und zu geringer Investitionskraft in vielen Städten appellierte der Städtetagspräsident an Bund und Länder: **"So hilfreich Notprogramme sind,**

Ziel muss es für die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sein, die Notwendigkeit von Ad-hoc-Programmen für die Kommunen zu verringern. Eine neu geordnete Finanzstruktur muss sich daran messen lassen, dass die Leistungskraft der Kommunen gesichert und gestärkt wird. Das heißt: Die Kommunen müssen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, um 5 Milliarden Euro jährlich von Sozialausgaben entlastet werden. Das muss rechtzeitig in dieser Legislaturperiode beschlossen werden, damit wir in unseren Haushalten damit planen können."

Zudem müssten ausreichende Investitionen für die Infrastruktur gesichert und strukturschwache Regionen besonders gefördert werden, sowie ein Beitrag zur Lösung der Altschuldenprobleme von Kommunen erfolgen.

Unabhängig davon setzen die Städte darauf, dass Bund und Länder sich rasch über die künftige Gemeindeverkehrsfinanzierung einigen, die 2019 ausläuft. Ohne Anschlussregelung verzögern sich notwendige Planungen und Investitionen in den Städten, machte Maly deutlich. Der Bund müsse weiter Verantwortung für die Gemeindeverkehrsfinanzierung übernehmen und seine Mittel bedarfsgerecht von 1,33 auf 1,96 Milliarden Euro anheben. Und die Länder müssten dieses Geld auch voll für die Verkehrsinfrastruktur verwenden.

Sanierungsstau abbauen, strukturschwache Städte handlungsfähig machen

Nach dem jüngsten KfW-Panel schieben die Kommunen einen Investitionsstau von 132 Milliarden Euro vor sich her. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet mit etwa 150 Milliarden Euro Investitionsrückstand. Die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen machte deutlich: **"Diese Zahlen zeigen, dass viele Kommunen immer mehr von der Substanz leben. Dadurch droht in vielen Bereichen ein zunehmender Verschleiß der Infrastruktur. Deshalb ist die Investitionshilfe des Bundes für finanzschwache Kommunen von 3,5 Milliarden Euro bis 2018 ein guter Schritt. Damit wird es den betroffenen Städten erleichtert, längst überfällige Investitionen zu tätigen und etwa Schulen, Kitas oder städtische Gebäude zu reparieren und energetisch zu sanieren. Voraussetzung dafür ist: Die Länder stimmen jetzt zügig im Bundesrat zu und setzen das Programm rasch um."**

Damit die Hilfen nicht verpuffen und eine nachhaltige Verbesserung eintritt, seien aber weitere Schritte im Zuge der Reform der föderalen Finanzbeziehungen unerlässlich. **"Bund und Länder müssen einen Rahmen schaffen, damit die Kommunen den Investitionsstau abbauen können und die Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte attraktiv bleiben. Strukturschwache Städte sind durch hohe Sozialausgaben und wirtschaftlichen Strukturwandel überproportional belastet. Das führt teilweise zu Einschnitten bei kommunalen Angeboten, die im Alltag der Menschen spürbar werden. Außerdem brauchen wir Perspektiven, um den kommunalen Altschuldenberg von rund 130 Milliarden Euro bzw. die Kassenkredite von rund 50 Milliarden Euro Schritt für Schritt abbauen zu können."**

Lohse forderte zudem eine gesamtdeutsche Förderung strukturschwacher Regionen nach dem Jahr 2019. Dabei müssten auch Städte mit einem hohen Anteil an sogenannten "sozial schwachen und bildungsfernen" Haushalten ebenso unterstützt werden wie Städte, deren Wirtschaftskraft pro Einwohner deutlich unter dem Durchschnitt aller Städte liegt. **"Es geht darum, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zu sichern. Dafür müssen strukturschwache Regionen und Städte wieder handlungs- und leistungsfähiger gemacht werden. Sonst verliert die kommunale Selbstverwaltung insgesamt an Wert."**

